



Kreis Mettmann  
Der Kreistag

Ausschuss für Ordnungsangelegenheiten und Verbraucherschutz

---

Es informiert Sie:	Cornelia Brinkhoff
Telefon:	02104/99-1875
Fax:	02104/99-4853
E-Mail:	<a href="mailto:cornelia.brinkhoff@kreis-mettmann.de">cornelia.brinkhoff@kreis-mettmann.de</a>

Mettmann, den 30.05.2016

### **Niederschrift**

zur Sitzung des Ausschusses für Ordnungsangelegenheiten und Verbraucherschutz

Sitzungstermin Montag, den 23.05.2016, 15:00 Uhr

Sitzungsort Kreishaus Mettmann, Düsseldorfer Straße 26, 40822 Mettmann, Zimmer 1.601 (großer Sitzungssaal)

Anwesend waren:

#### **Vorsitz**

Udo Switalski

#### **Mitglieder**

Dirk Brixius  
Jürgen Bullert  
Harald Giebels  
Brigitte Hagling  
Ingmar Janssen  
Marc Kammann  
Ilona Küchler  
Jörn Leunert  
Friedrich-Ernst Martin  
Bernd Müller  
Klaus Müller  
Dr. Ophelia Nick (bis 16.15 Uhr)  
Renate Petschull  
Helmut Rohden  
Prof. Dr. Franz-Viktor Salomon-vom Stein  
Peter Werner  
Sebastian Wladarz

#### **Verwaltung**

Cornelia Brinkhoff  
Nils Hanheide  
Ralf Hezel  
Thomas Jarzombek

Dr. Arne Köster  
Uwe Rümmler  
Dorothea Stangier  
Stefanie Wiesemann

## **Tagesordnung**

### **Öffentlicher Teil**

1. Formalien
- 1.1. Eröffnung der Sitzung
- 1.2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
- 1.3. Feststellung der Anwesenheit
- 1.4. Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 1.5. Feststellung der Tagesordnung
- 1.6. Benennung von Berichterstatterinnen / Berichterstattern für den Kreistag
2. Genehmigung der Niederschriften über die Sitzungen vom 23.11.2015 und 02.05.2016
3. Informationen der Verwaltung
4. Bericht über offene Beschlüsse, Prüf- und Arbeitsaufträge des Ausschusses für Ordnungsangelegenheiten und Verbraucherschutz aus dem Jahr 2015 39/003/2016
5. Aufgaben und Tätigkeiten des Amtes für Verbraucherschutz - Vorstellung des Jahresberichtes 2015 39/002/2016
6. Aktuelle Situation in der Ausländerbehörde 32/003/2016
7. Nachträge
- 7.1. Prüfantrag an die Verwaltung zur Wiederherstellung der Funktionsfähigkeit des Service-Centers in Velbert - hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 13.05.2016 32/005/2016

### **Nicht öffentlicher Teil**

8. Informationen der Verwaltung
9. Fortschreibung des Rettungsdienstbedarfsplans 32/004/2016
10. Nachträge

## Öffentlicher Teil

<b>Zu Punkt 1:            Formalien</b>
---

Der Vorsitzende, Herr KA Switalski, eröffnet die Sitzung um 15:03 Uhr.

Herr SB Leunert nimmt zum ersten Mal an einer Fachausschusssitzung des Kreises teil und wird von Herrn KA Switalski mit folgendem Text per Handschlag feierlich verpflichtet:

*„Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehme, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle des Kreises erfüllen werde.“*

Herr KA Switalski stellt fest, dass die Mitglieder des Ausschusses für Ordnungsangelegenheiten und Verbraucherschutz ordnungsgemäß geladen worden sind. Unter Berücksichtigung der Vertretungen von Herrn KA Ehler durch Frau SB Petschull, von Frau KA Hruschka durch Herrn KA Giebels, von Herrn SB Körner durch Herrn KA Klaus Müller, von Frau KA Köster-Flashar durch Herrn SB Leunert und von Frau KA Trube durch Frau KA Kuchler stellt Herr KA Switalski die Anwesenheit und die Beschlussfähigkeit fest.

Anschließend wird die Tagesordnung festgestellt. Herr SB Martin erkundigt sich, warum der Tagesordnungspunkt 9 im nicht öffentlichen Teil behandelt werde. Herr Hanheide legt dar, dass das Gutachten zur Analyse und Bewertung des Rettungsdienstes im Kreis Mettmann bereits den kreisangehörigen Städten zur Verfügung gestellt worden sei und eine Grundlage für die anstehenden Verhandlungen darstelle. Damit die Städte und der Kreis die Möglichkeit hätten, das Gutachten zunächst intern und mit den Kostenträgern zu diskutieren, bitte die Verwaltung, diesen Tagesordnungspunkt im nicht öffentlichen Teil zu behandeln.

Die Ernennung eines Berichterstatters für den Kreistag ist nicht erforderlich.

<b>Zu Punkt 2:            Genehmigung der Niederschriften über die Sitzungen vom 23.11.2015 und 02.05.2016</b>
--

Der Ausschuss genehmigt die Niederschriften zu den Sitzungen vom 23.11.2015 und 02.05.2016 einstimmig.

<b>Zu Punkt 3:            Informationen der Verwaltung</b>
--

Herr Hanheide informiert über die semistationäre Geschwindigkeitsmessanlage auf der A3. Aufgrund dieser Verkehrsüberwachungsmaßnahme seien seit November 2015 bereits 33.500 Ordnungswidrigkeitenverfahren eingeleitet worden. Der Haushaltsansatz für die kommunalen Überwachungsmaßnahmen von 2,2 Millionen Euro sei bereits jetzt überschritten. In 2.700 Fällen seien Fahrverbote verhängt worden. Insgesamt sei in dem bisherigen Überwachungszeitraum ein Rückgang der schweren Unfälle zu verzeichnen. Dies belege die Wichtigkeit der Überwachungstätigkeit.

Die Geschwindigkeitsmessanlage auf der A 3 solle noch das ganze Jahr und in den ersten Wochen des kommenden Jahres betrieben werden. Herr Hanheide betont, dass zwar denkbar sei, an weiteren Autobahnbaustellen Geschwindigkeitsmessanlagen in Betrieb zu nehmen, jedoch zunächst der Bedarf geprüft werden müsse.

Herr KA Janssen erkundigt sich, ob der hohe zusätzliche Aufwand mit dem derzeitigen Personal der Bußgeldstelle zu bewältigen sei.

Herr Hanheide teilt mit, dass das Arbeitspensum mit dem derzeitigen Personal und internen Personalverstärkungen bewältigt werde. Allerdings müssten Fälle aus dem allgemeinen Ordnungswidrigkeitenrecht mit längeren Verjährungsfristen zurückgestellt werden. Dies seien jedoch alles vorübergehende Maßnahmen. Sollten weitere Überwachungsmaßnahmen an Autobahnen durchgeführt werden, müsse auch die Erhöhung des Personalbedarfs diskutiert werden.

<b>Zu Punkt 4:</b>	<b>Bericht über offene Beschlüsse, Prüf- und Arbeitsaufträge des Ausschusses für Ordnungsangelegenheiten und Verbraucherschutz aus dem Jahr 2015</b> <b>- Vorlage Nr. 39/003/2016</b>
--------------------	--

Es gibt keine offenen Beschlüsse, Prüf- und Arbeitsaufträge des Ausschusses aus dem Jahr 2015.

<b>Zu Punkt 5:</b>	<b>Aufgaben und Tätigkeiten des Amtes für Verbraucherschutz</b> <b>- Vorstellung des Jahresberichtes 2015</b> <b>- Vorlage Nr. 39/002/2016</b>
--------------------	--

Herr Hanheide berichtet zunächst darüber, dass der Jahresbericht 2015 des Amtes für Verbraucherschutz vor der Ausschusssitzung der Presse vorgestellt worden sei. Er betont, dass die Überwachungstätigkeit dazu beigetragen habe, den Schutz der Verbraucher zu gewährleisten.

Anschließend informieren Frau Stangier und Herr Rümmler den Ausschuss anhand einer PowerPoint-Präsentation über die Aufgaben und Tätigkeiten des Amtes für Verbraucherschutz im Jahr 2015. Die Präsentation ist der Niederschrift als *Anlage 1* beigefügt.

Herr SB Brixius erkundigt sich, welche Maßnahmen denkbar seien, wenn ein Hund ein Kind gebissen habe und nicht auszuschließen sei, dass sich ein solcher Vorfall wiederhole. Als Beispiel einer Maßnahme nennt er das Einschläfern des Tieres.

Herr Hanheide stellt klar, dass es bei der Durchführung der Verhaltenstests nicht um die Anordnung einer Maulkorbpflicht gehe, sondern um eine Befreiung hiervon. Der Maulkorbpflicht werde von den städtischen Ordnungsämtern angeordnet.

Auf die Frage von Herrn SB Brixius nach den Beanstandungsgründen bei Tabakwaren teilt Herr Rümmler mit, dass in allen Proben Feuchthaltemittel nachgewiesen worden seien, deren Gehalte die zulässigen Grenzwerte überschritten hätten.

Bezug nehmend auf die vorgefundenen hygienischen Missstände in einer Großbäckerei erkundigt sich Herr SB Brixius, ob diese Bäckerei auch Filialbetriebe beliefe.

Frau Stangier bestätigt, dass es sich um einen überregional arbeitenden Betrieb handele.

Zuletzt hinterfragt Herr SB Brixius, warum auf Folie 2 als Anzahl der kontrollierten Betriebe 2.404 und 49% genannt seien.

Die Zahlen wurden mit folgendem Ergebnis geprüft:

Bezogen auf die kontrollpflichtigen Betriebe handelt es sich bei der Anzahl der kontrollierten Betriebe um 49%.

Auf Nachfrage von Frau KA Küchler bestätigt Frau Stangier, dass die in der Bäckerei festgestellten Verstöße nach dem Umzug des Unternehmens der zuständigen Behörde mitgeteilt worden seien.

Frau SB Dr. Nick erkundigt sich, wie lange die Erlaubnis für Hundeschulen und Tierpensionen gültig sei.

Frau Stangier teilt mit, dass bei Neuansträgen eine Befristung der Erlaubnis auf fünf Jahre erfolge.

Aufgrund der deutlich höheren Anzahl an Betriebskontrollen gegenüber dem Vorjahr fragt Herr KA Switalski, ob dies durch personelle Änderungen zu begründen sei.

Herr Hanheide bestätigt, dass alle Stellen besetzt seien. Daher hätten mehr Kontrollen durchgeführt werden können.

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

<b>Zu Punkt 6:            Aktuelle Situation in der Ausländerbehörde - Vorlage Nr. 32/003/2016</b>
--

Einleitend verweist Herr Hanheide auf die mit dem Stellenplan 2016 unter anderem der Ausländerbehörde mehr bewilligten Stellen. Auch vor diesem Hintergrund solle der Fachausschuss über die aktuellen Entwicklungen in der Ausländerbehörde informiert werden.

Herr Jarzombek informiert den Ausschuss anhand einer PowerPoint-Präsentation über die aktuelle Situation in der Ausländerbehörde, die der Niederschrift als *Anlage 2* beigelegt ist. Er geht dabei insbesondere auf die derzeitigen Fallzahlen, die neuen rechtlichen Regelungen und die aktuelle Personalsituation ein.

Auf die Nachfrage von Herrn KA Bernd Müller, warum das Sozialamt für nicht registrierte Flüchtlinge Leistungen erbringe, teilt Herr Jarzombek mit, dass bei einer fehlenden Registrierung kein Asylantrag gestellt werden könne, wodurch es auch nicht möglich sei, ein Asylverfahren einzuleiten.

Herr KA Bernd Müller erkundigt sich im Weiteren nach den Gründen für die rückläufige Anzahl von Anträgen aus dem West-Balkan.

Herr Jarzombek teilt mit, dass die Gründe nicht einzuschätzen seien.

Bezüglich der Personen ohne Bleiberecht bittet Herr KA Bullert um Einschätzung der Chancen auf ein Beschäftigungsverhältnis.

Daraufhin führt Herr Jarzombek aus, dass von der Bundesagentur für Arbeit für diese Zwecke eine neue Stelle, der s.g. „Integration Point“, eingerichtet worden sei. Laut Aussage dieser Stelle liege die Quote der Personen, die ohne weitere Zwischenschritte dem Arbeitsmarkt zugeführt werden könne, bei 10%.

Frau KA Küchler bittet um Mitteilung zur Anzahl der Publikumskontakte im Kreis-Service-Center Ratingen.

Frau Wiesemann gibt an, dass die Anzahl der Publikumskontakte vergleichbar mit denen im Kreis-Service-Center Velbert sei. Die genauen Zahlen werde sie zur Niederschrift vorlegen. Im Nachgang zur Ausschusssitzung können für Ratingen und Velbert folgende Zahlen geliefert werden:

### **Velbert**

Aktive Ausländerzahl:	<b>11.830</b>
Besucher im KSC <b>seit Mai 2009</b> :	<b>153.284</b>
Durchschnittliche Besucherzahl:	<b>91/Tag</b>

## Ratingen

Aktive Ausländerzahl:	<b>11.168</b>
Besucher im KSC <b>seit Oktober 2009:</b>	<b>142.872</b>
Durchschnittliche Besucherzahl:	<b>79/Tag</b>

Herr KA Kammann erkundigt sich, ob unter den nicht registrierten Flüchtlingen auch Personen seien, die sich nicht registrieren möchten.

Dazu kann laut Herrn Hanheide keine Angabe gemacht werden. Fest stehe jedoch, dass es viele Menschen gebe, die registriert werden möchten, damit sie ein Asylverfahren anstreben können. Vor der Registrierung sei dies nicht möglich, da diese Personen offiziell nicht existent seien.

Auf die Frage von Herrn KA Rhoden, ob minderjährige unbegleitete Jugendliche ebenfalls zugewiesen würden, teilt Frau Wiesemann mit, dass verschiedene Fallkonstellationen vorkommen. Beispielsweise seien kürzlich zwei Jugendliche aus Griechenland zurückgeschickt worden, da hier ein Asylverfahren laufe. Die beiden Jugendlichen seien zwar zugewiesen gewesen, aber nicht registriert.

Herr Hanheide ergänzt, dass die hohe Zahl der nicht registrierten Personen in der Hochphase der Flüchtlingsbewegung entstanden sei, da der Registrierungszeitpunkt nach hinten verschoben worden sei. Unter dem Druck auf die bayrischen Grenzgebiete habe man versucht, die Leute so schnell wie möglich unterzubringen. Daher seien die Flüchtlinge erst zugewiesen worden. Die Registrierung sollte dann später durch Registrierungsteams nachgeholt werden.

Herr KA Klaus Müller bittet um Erklärung, ob aufgrund eines zu hohen Anforderungsprofils keine Mitarbeiter für die geschaffenen Stellen in der Ausländerbehörde gefunden werden können.

Herr Hanheide führt aus, dass es sowohl intern als auch extern schwierig sei, Mitarbeiter für die Ausländerbehörde zu finden. Zur internen Besetzung wurden in der Vergangenheit häufig Nachwuchskräfte in der Ausländerabteilung untergebracht, allerdings seien auch immer wieder Abgänge zu verzeichnen. Im Falle einer externen Ausschreibung trete man in Konkurrenz zu allen anderen Kommunen und zum Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Es gebe auf dem Markt derzeit nicht genug Personen mit einer entsprechenden Verwaltungsausbildung.

Zu den Begriffen „langzeitgeduldet“ und „Beschäftigungserlaubnis“ bittet Herr KA Bernd Müller um eine Erläuterung.

Daraufhin erläutert Herr Jarzombek, dass eine Beschäftigungserlaubnis nur dann nicht ausgesprochen werde, wenn eine Ausreise bevor stehe oder der Betroffene im gesamten Verfahren nicht mitgewirkt habe. Ansonsten bestehe keine Einschränkung, da eine größtmögliche Zuführung zum Arbeitsmarkt angestrebt sei. Langzeitgeduldete seien geduldete Personen, die sich acht Jahren im Bundesgebiet aufhalten. Sofern die allgemeinen Anforderungen erfüllt seien, erhielten diese Personen ein Bleiberecht.

Herr KA Janssen betont zunächst, dass die Verwaltung den Flüchtlingsansturm hervorragend gemeistert habe. Dass es derzeit nicht möglich ist, alle Stellen zu besetzen, betrachtet er als selbsterklärend. Er erkundigt sich aber, ob das Arbeitspensum im Falle einer Besetzung aller Stellen zu bewältigen sei.

Herr Jarzombek bestätigt, dass man nach dem heutigen Stand davon ausgehen könne, dass bei Besetzung aller offenen Stellen die Anträge zeitgerecht qualitativ abgearbeitet werden könnten.

Frau KA Kuchler erkundigt sich, warum nur 135 Personen eine Beschäftigungserlaubnis erhalten haben, wenn kaum noch Hemmnisse bestünden.

Herr Jarzombek führt aus, dass nur die Anträge berücksichtigt worden seien, die bei der hiesigen Ausländerbehörde gestellt wurden. Vom „Integration Point“ würden nur die Anträge vermittelt, die eine gewisse Aussicht auf Erfolg hätten.

Auf Nachfrage von Herrn KA Bernd Müller bestätigt Herr Jarzombek, dass jeder Arbeitgeber die Beschäftigungserlaubnis einfordern muss.

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

<b>Zu Punkt 7:</b>	<b>Nachträge</b>
--------------------	------------------

Keine

<b>Zu Punkt 7.1:</b>	<b>Prüfantrag an die Verwaltung zur Wiederherstellung der Funktionsfähigkeit des Service-Centers in Velbert - hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 13.05.2016 - Vorlage Nr. 32/005/2016</b>
----------------------	--

Herr KA Janssen erläutert den Antrag der SPD-Fraktion. Durch diesen Antrag solle die Wiederherstellung der Funktionsfähigkeit des Kreis-Service-Centers in Velbert initiiert werden. Ziel der SPD-Fraktion sei es auch, dieses Thema bei der anstehenden Interfraktionellen Runde aufzugreifen.

Herr Hanheide führt aus, dass auch seitens der Verwaltung das Interesse bestehe, das Kreis-Service-Center Velbert wieder zu öffnen. Allerdings sei eine Kündigung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung nicht erstrebenswert, da dies auch bedeuten würde, dass die Stadt Velbert wieder selbst die Aufgaben der Ausländerbehörde wahrnehmen müsse. Wichtig sei, in gemeinsamen Gesprächen eine Lösung zu finden. Derzeit sei es jedoch unter Verweis auf die Ausführungen unter TOP 6 nicht möglich, dass kreiseigenes Personal die Aufgabe übernehme, wenn durch die Stadt Velbert kein Personal gestellt werde.

Herr KA Janssen modifiziert daraufhin den Antrag der SPD-Fraktion dahingehend, dass nur der Prüfauftrag aus Satz 1 aufrecht erhalten werden soll, wonach die rechtlichen und organisatorischen Bedingungen der Übernahme der Aufgaben des Service-Centers Velbert durch den Kreis ohne Personalgestellung durch Velbert aufgezeigt werden sollen.

Im Hinblick auf die Zusage von Herrn Hanheide, diese Fragestellung mit in die Verhandlungen mit der Stadt Velbert zu nehmen, verzichtet die SPD-Fraktion auf eine Abstimmung über den Beschlussvorschlag. Ein Bericht über die Gespräche mit der Stadt Velbert soll in der nächsten Ausschusssitzung vorgelegt werden.

Herr Hanheide sagt zudem zu, in der Interfraktionellen Runde einen Zwischenbericht zu geben.

Die Nichtöffentlichkeit der Sitzung wird hergestellt.

**Nicht öffentlicher Teil**

[...]

**Ende der Sitzung: 17:18 Uhr**

gez.  
**Udo Switalski**

gez.  
**Cornelia Brinkhoff**